

7 Politikwissenschaftliche Nachhaltigkeitslehre an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Michael Böcher

7.1 Politikwissenschaft und Nachhaltigkeit

Am 1. November 2016 trat ich die Professur für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Nachhaltige Entwicklung an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg an. Innerhalb eines eher kleinen politikwissenschaftlichen Standortes, der aus drei Professuren besteht, gilt es seitdem, in der Lehre zum einen politikwissenschaftliche Grundlagen zu vermitteln, zum anderen nachhaltigkeitsbezogene Schwerpunkte zu setzen. Da der Lehrstuhl damals neu gegründet wurde, gab es hier keine Anknüpfungspunkte an „frühere Zeiten“. Erfreulicherweise war die Gestaltungsfreiheit von Anfang an hoch. Die Erwartungen seitens der Universität waren, zum einen nachhaltigkeitsbezogene Inhalte innerhalb der enger an der eigenen Disziplin orientierten Studienprogramme anzubieten: das waren und sind die BA- und MA-Programme Sozialwissenschaften und European Studies, der internationale englischsprachige MA Peace and Conflict Studies (PACS), die verschiedenen Lehramtsstudiengänge sowie der BA Cultural Engineering. Zum anderen sollte aber auch nachhaltigkeitsorientierte Lehre für die eher technisch und ingenieurwissenschaftlich orientierten Studiengänge bereitgestellt werden, da zuvor im Zuge von politischen Auseinandersetzungen um die Zukunft der humanwissenschaftlichen Fakultät (FHW) und den damit in die Wege geleiteten inneruniversitären Reformen eine stärkere Verzahnung zwischen sozial-, wirtschafts- und technikwissenschaftlichen Fächern angestrebt wurde.

Die politikwissenschaftliche Lehre zu Nachhaltigkeitsfragen wurde daher zum Bestandteil einiger „fachfremder“ Studienprogramme, u. a. dem Masterstudiengang Wirtschaftsingenieur Logistik sowie dem 2020 eingeführten Master Elektromobilität der Fakultät für Maschinenbau (FMB). Darüber hinaus wurde mit der Konzeption eines universitätsweiten Nachhaltigkeitszertifikates als Zusatzangebot für alle Studierenden begonnen, das voraussichtlich 2021 eingeführt wird (vgl. hierzu Kapitel 9 von Juliana Hilf und Lars Erik Berker).

Dieser Beitrag dient dazu, mein Konzept für eine politikwissenschaftliche Nachhaltigkeitslehre darzustellen und deutlich zu machen, welchen Beitrag die Politikwissenschaft für Nachhaltigkeit spielen kann und wie dieser in der universitären Lehre zum Gegenstand gemacht wird. Darüber hinaus beschäftige ich mich mit der Frage, wie normativ eigentlich Wissenschaft sein sollte – dies ist eine direkte Konsequenz aus den Erfahrungen mit den Erwartungen, die von Studierenden, aber auch manchen Kollegen an eine solche Professur für „Nachhaltigkeit“ geknüpft werden. Einige konkrete Beispiele aus meinen Lehrveranstaltungen verdeutlichen den Ansatz, einen politikwissenschaftlichen

Zugang zu Nachhaltigkeit zu vermitteln, ohne dabei selbst Nachhaltigkeitspolitik zu betreiben. Daran, diesen Ansatz in die Lehrpraxis zu bringen, haben alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Lehrstuhls (derzeit Katrin Beer, Lars Berker, Juliana Hilf, Markus Kas-seckert, Melanie Slavici, Roger Stöcker und Ulrike Zeigermann) einen großen Anteil. Alle setzen in der Magdeburger Lehre unterschiedliche Schwerpunkte und nutzen unterschiedliche didaktische Konzepte und Methoden. In diesem Beitrag stehen meine eigenen Erfahrungen im Mittelpunkt, weil ich naturgemäß natürlich nur anhand der selbst durchgeführten Lehrveranstaltungen mein Konzept verdeutlichen kann.

7.2 Politikwissenschaft der Nachhaltigkeit ist keine Nachhaltigkeitspolitik

Nachhaltigkeit ist hochgradig normativ. Es geht um eine gesellschaftliche Leitidee, wie man ökologische, ökonomische und soziale Interessen miteinander in Einklang bringen kann, ohne dabei ökologische Grundlagen der Erde zu übernutzen (Pufé, 2017). Es geht um Gerechtigkeit – zwischen Bürgerinnen und Bürgern in verschiedenen Regionen der Welt (Stichwort: Globaler Norden und globaler Süden) und zwischen unserer und den nachfolgenden Generationen (auch wenn wir heute nicht wissen können, was die nachfolgenden Generationen wollen und welche technischen Möglichkeiten diese besitzen). Es geht also vor allem darum, wie etwas sein soll! Naturgemäß gibt es in Bezug auf solche normativen Fragen immer mehrere Lösungsvorschläge und Antworten: In der Nachhaltigkeitsdebatte z. B., ob man eher auf Mäßigung, Rückbau (De-Growth) und Einschränkungen setzt (Stichwort: Suffizienz) oder doch eher versucht, durch entsprechende Anreize technische und wirtschaftliche Innovationen in Gang zu setzen (Stichwort: Effizienz). Der 2020 viel (nicht immer zu Recht) kritisierte Kabarettist Dieter Nuhr brachte dies auf den Punkt, als er den Fridays-for-Future-Aktivist*innen riet, eher Ingenieur*innen zu werden, um technische Innovationen zu erfinden anstelle mehr Nutzung von Lasten-fahrrädern zu fordern.¹ Dieter Nuhr eben auf der Effizienz-Seite der Nachhaltigkeit, Fridays for Future auf der Suffizienz-Seite?

Nein, so einfach ist das nicht, denn auch Fridays-for-Future-Aktivist*innen nutzen moderne Technik, um sich zu vernetzen und sind sich sicher auch nicht immer völlig einig darüber, was der beste Weg zur Nachhaltigkeit ist. An diesem Beispiel sieht man, dass selbst innerhalb von Akteursgruppen, die sich grundsätzlich für einen Wandel zu mehr Nachhaltigkeit aussprechen, bereits Kontroversen gibt. Dazu kommen unterschiedliche Auffassungen über Ausmaß, Konzept und Geschwindigkeit von Maßnahmen zu mehr Nachhaltigkeit unter politischen Parteien, Verbänden, Bürgerinnen und Bürgern, Medien und... Halt! Hier kommt nun die Politik ins Spiel.

¹ <https://www.facebook.com/watch/?v=1106109592894792>.

Denn was ist die Aufgabe von Politik? Politik ist in modernen Gesellschaften notwendig, um „verbindliche Regeln für das gesellschaftliche Zusammenleben“ (Naßmacher, 2010, S. 2) zu erzielen. „Politik (ist) gesellschaftliches Handeln, ... welches darauf gerichtet ist, gesellschaftliche Konflikte über Werte verbindlich zu regeln“ (Lehmbruch, 1968, S. 17). Oder, wie ich selbst einmal in Anlehnung an Warren (1999) die Aufgabe von Politik beschrieben habe: „Political practice is orientated toward organising collective action in the context of differing short-term interests and the power relationships that exist in modern society“ (Böcher & Krott, 2016, S. 153). Politik besitzt also die Aufgabe, unterschiedliche Interessen miteinander abzuwägen und am Ende kollektiv-verbindliche Entscheidungen zu produzieren, die allgemein akzeptiert werden. Die aktuelle Corona-Pandemie zeigt das eindrücklich: Gesundheitspolitisch angemessene Maßnahmen des Shutdowns, der Einschränkung des öffentlichen Lebens und der Beschränkung individueller Freiheiten müssen u. a. mit wirtschafts- und bildungspolitischen Aspekten wie Sicherung von Arbeitsplätzen sowie Gewährleistung schulischer Ausbildung abgewogen werden. Und zwar so, dass die Bürgerinnen und Bürger die Maßnahmen verstehen und mittragen. Dass dies mitunter ein schmaler Grat ist, zeigen die Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen und verdeutlichen, dass Politik hier vor großen Herausforderungen steht, immer die „richtige“ Abwägung zu treffen.

Auch in der Nachhaltigkeit müssen viele Aspekte miteinander abgewogen werden: So ist es nicht klar, ob alle Bürgerinnen und Bürger Einschränkungen ihrer Lebensweise akzeptieren im Sinne von Suffizienz. Auf der anderen Seite gibt es aber auch keine Garantie, dass Anreize für neue, innovative Lösungen auch wirklich zu der versprochenen „ökologischen Modernisierung“ (Jänicke, 2017) im Sinne von Effizienz führen, eher wirkungslos als Mitnahmeeffekte der Wirtschaft verpuffen, oder nicht gar am Ende neue ökologische Probleme mit sich bringen. So ist eine aktuell viel gepriesene Nachhaltigkeitslösung, die Bioökonomie, also die Ersetzung fossiler Ressourcen in allen Stufen der Wertschöpfungskette durch nachwachsende Rohstoffe, sicherlich ein faszinierender Gedanke, der neue Lösungen bieten kann. Es werden jedoch auch Probleme diskutiert, z. B. Auswirkungen auf Biodiversität und Landwirtschaft, wenn große Flächen für den Anbau von Biomasse benötigt werden, oder Biomasse gar importiert werden muss, was ökologische Konflikte exportiert (Böcher et al., 2020).

Die Politik steht auch bei Nachhaltigkeitsfragen vor der Aufgabe, viele Interessen miteinander abzuwägen und am Ende kollektiv verbindliche, allgemein akzeptierte Nachhaltigkeitslösungen zu erzeugen. Es geht bei Nachhaltigkeit daher auch um unterschiedliche Interessen: Die z. B. vom WBGU geforderte „Große Transformation“ zu Nachhaltigkeit (WBGU, 2011) stellt für die Politikwissenschaft einen politischen Prozess dar, der sich um unterschiedliche Interessen mit unterschiedlichen Machtpotenzialen und daraus resultierenden Konflikten und Konsens rankt. Nachhaltigkeit verwirklicht sich nicht von selbst, sie kann weder durch eine zentrale Instanz noch durch Wissenschaft „verordnet“ werden: Vielmehr müssen Nachhaltigkeitslösungen in gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen durchgesetzt werden. Dafür ist die Politik zuständig. Nachhaltigkeit

ist eben kein wissenschaftliches, unumstrittenes Konzept, sondern aufgrund ihres normativen Gehalts und der damit einhergehenden unterschiedlichen Lösungsmöglichkeiten ein politisches Konzept, das politischer Prozesse zur Aushandlung und Umsetzung bedarf.

Diese zentrale Bedeutung der Politik für die Erreichung von Nachhaltigkeitszielen begründet, warum die Politikwissenschaft ganz zentral für die Nachhaltigkeitsforschung ist: Politikwissenschaft ist die „systematische Beschäftigung mit den (...) „Strukturmerkmalen“ des Politischen“ (Mols, 2019, S. 26). „Die Politikwissenschaft untersucht, wie durch Politik verbindliche Regeln für das gesellschaftliche Zusammenleben erzielt werden“ (Naßmacher, 2010, S. 2). Das „wie“ ist hier das Entscheidende: Es geht also um den Prozess. Das berühmte „politologische Dreieck“ (v. Prittwitz, 1994, S. 13) behandelt drei Aspekte von Politik: *Policy*, das sind die Ergebnisse von Politik, also z. B. die Einführung einer finanziellen Förderung von E-Mobilität, *Politics*, das sind die Aushandlungsprozesse (zwischen Konflikt, Kompromiss und Konsens) gesellschaftlicher Akteure im politischen Prozess. Hier wären das z. B. die Konflikte zwischen Automobilindustrie, Parteien und Umweltverbänden, die bei den verkehrspolitischen Fragen eine Rolle spielen. *Politics* ist der Bereich von Politik, der für alle Bürgerinnen und Bürger am Sichtbarsten ist – jede Tagesschau zeigt uns mehrmals am Tag Beispiele für *Politics*. Und schließlich *Polity*, das sind die Regeln (politikwissenschaftlich: Institutionen), die den politischen Prozess prägen und bestimmte Möglichkeiten schaffen bzw. einschränken. So könnten z. B. verfassungsrechtliche Regeln bestimmte politische Maßnahmen ausschließen, zudem setzt unser politisches System der repräsentativen Demokratie Regeln darüber, wie politische Entscheidungen zustande kommen usw. Übertragen auf die Nachhaltigkeitspolitik heißt dies, dass im System bestimmter institutioneller Regeln (*Polity*) im Prozess politischer Auseinandersetzungen (*Politics*) am Ende politische Entscheidungen zu Nachhaltigkeitsfragen wie die Kaufprämie für E-Autos entstehen (*Policy*).

Eine Teildisziplin der Politikwissenschaft, die sogenannte Policy-Analyse, in der ich mich selbst verorte, untersucht nun, wie nachhaltigkeitsbezogene *Policies* (analytisch die abhängige Variable) unter Einfluss von *Polity* und *Politics* (analytisch jeweils die unabhängigen Variablen) entstehen. Es geht also darum, wie Politikinhalte in einzelnen Bereichen und wie politische Entscheidungen zu diesen zustande kommen (Böcher & Töller 2012). Das Ganze erfolgt empirisch-analytisch – nicht normativ. Es geht also darum, besser zu verstehen und zu erklären, warum welche Entscheidung bzw. welche nachhaltigkeitspolitische Maßnahme genau so zustande gekommen ist und erst einmal nicht darum, diese zu bewerten, sie als gut zu loben oder schlecht zu brandmarken. Dieses Verständnis von Nachhaltigkeit als politischer Prozess zwischen Konflikt und Konsens sowie das entsprechende an der empirisch-analytischen Politikfeldanalyse orientierte Wissenschaftsverständnis liegen meiner Forschung und Lehre zugrunde. Was heißt das nun für die politikwissenschaftliche Nachhaltigkeitslehre?

7.3 Erwartungen enttäuschen?! Didaktische Ziele einer politikwissenschaftlichen Nachhaltigkeitslehre

Seit ich in Magdeburg forsche und lehre, fällt mir das große Engagement vieler Studierender, aber auch vieler Kolleg*innen in Nachhaltigkeitsfragen auf: So wurde auf studentische Initiative hin ein Nachhaltigkeitsbüro eingerichtet, es finden „öko-soziale“ Hochschultage statt, es gibt ein Nachhaltigkeitsforum für Lehrende und Forschende. Einige Studierende wurden bei Fridays for Future, einige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei Scientists for Future aktiv.

Mit großem nachhaltigkeitsbezogenen Tatendrang kamen dann auch bald die Studierenden in meine Lehrveranstaltungen, insbesondere die Vorlesung „Politik und Nachhaltigkeit – eine politikfeldanalytische Einführung“ erfreut sich großer Beliebtheit bei Studierenden unterschiedlicher sozial- und ingenieurwissenschaftlicher Studiengänge. Ob ausgesprochen oder unausgesprochen: Erwartet wurde dabei oft eine praktische Anleitung für nachhaltigkeitsbezogene Aktivitäten – wie setze ich Nachhaltigkeit politisch um? Was sind gute Konzepte der Nachhaltigkeit? Wer sind die Guten oder Bösen in der Nachhaltigkeitsdebatte? Relativ schnell war allen Beteiligten klar, dass ich solche Erwartungen nur enttäuschen kann, denn Aktivismus ist keine Wissenschaft und Politik ist nicht gleichzusetzen mit Politikwissenschaft.

Was sind nun für mich die didaktischen Ziele einer politikwissenschaftlichen Nachhaltigkeitslehre? Außerordentlich wichtig ist, dass Studierende die Bedeutung der Politik für die Umsetzung von Nachhaltigkeit erkennen. Wie bereits ausgeführt, verwirklicht sich Nachhaltigkeit nicht von selbst, sondern ist als normatives, umstrittenes Konzept, das mit anderen gesellschaftlichen Zielen abgewogen wird, Gegenstand politischer Auseinandersetzungen, die schließlich zu politischen Entscheidungen führen, die Ausdruck von Konflikt, Kompromiss und Konsens sind. Dass aus Sicht vieler die umgesetzte Nachhaltigkeitspolitik unzureichend ist, lässt sich politikwissenschaftlich erklären, wenn man die entsprechenden politischen Prozesse betrachtet. Diese Politikanalyse basiert auf dem wissenschaftlichen „State of the Art“ der Politikfeldanalyse, also Aussagen über Bedeutung und Einfluss von Institutionen, Problemstrukturen, Verfügbarkeit von Instrumenten, Akteuren und situativen Ereignissen als unabhängige Variablen im politischen Prozess (Böcher & Töller, 2012). Forschungsorientierte Lehre auf der Basis eigener wissenschaftlicher Arbeiten als Anwendung von Politikfeldanalyse auf den Gegenstand „Nachhaltigkeit“ – zunächst möglichst objektiv ohne Wertung, ohne eigenes politisches Urteil. Die Studierenden sollen zunächst einmal unvoreingenommen erkennen, auf welche Faktoren es im politischen Prozess aus wissenschaftlicher Sicht ankommt. Rückschlüsse für eigenen Aktivismus nicht ausgeschlossen! Gemeinsam soll gelernt werden, wie man Nachhaltigkeit aus politikwissenschaftlicher, aber nicht individueller politischer Perspektive betrachtet. Hier betrachte ich die Lehre als wissenschaftsbasierten Prozess, aus dem die Studierenden Rückschlüsse für eigenes praktisches und politisches Handeln

in jedweder Richtung ziehen dürfen, aber nicht müssen. Es entstand hier oft der Eindruck, dass mit diesem Ansatz zunächst die Erwartungen enttäuscht werden – oft zeigten aber die Rückmeldungen der Studierenden, dass diese unvoreingenommene politikwissenschaftliche Perspektive auch zu neuen Einsichten führen kann.

7.4 Wie normativ darf politikwissenschaftliche Nachhaltigkeitslehre sein?

Nachhaltigkeit ist normativ. Muss dann die politikwissenschaftliche Lehre zu Nachhaltigkeit nicht auch normativ sein? Prinzipiell berührt das den alten – und längst nicht ausgefochtenen – Streit, inwieweit sich Wissenschaft von Werturteilen fernhalten kann bzw. soll (siehe dazu Opp, 2014, 239 ff.). Ich halte es hier mit einem, wie ich finde, auch für die wissenschaftliche Forschung und Lehre relevanten Argument, das der berühmte Fernsehjournalist Hans-Joachim Friedrichs einmal so ausgedrückt hat: „Distanz halten, sich nicht gemein machen mit einer Sache, auch nicht mit einer guten“.² Selbst wenn man privat etwas politisch unterstützt, sollte man es soweit wie möglich aus der eigenen wissenschaftlichen Arbeit fernhalten. Wichtig ist immer die klare Erkennung der eigenen Rolle – Wissenschaftler hier an der Universität und im Privaten durchaus politisch aktiv.

Studierende, insbesondere wenn sie nachhaltigkeitspolitisch engagiert sind, etwa bei Fridays for Future, trennen in Seminaren und Vorlesungen nicht immer Werturteile von Aussagen, die empirisch aufgrund der Anwendung bestimmter wissenschaftlicher Methoden gewonnen werden. So wird aus der zunächst einmal nicht zu beanstandenden wissenschaftlichen Aussage, dass die Bundesrepublik ihre Emissionsminderungsziele, die sie sich selbst gesetzt hat, und die sie im Rahmen des völkerrechtlich verbindlichen Pariser Klimaabkommens umzusetzen hat, nicht erreicht, schnell ein „hier muss mehr gemacht werden“ oder „die Politik ist schlecht“, oder „Flüge insbesondere bei Dienstreisen müssen weitgehend verboten werden“. Ziel der politikwissenschaftlichen Lehre ist es dann, deutlich zu machen, dass es ein Gewinn für die Debatte ist, wenn man – wie es Karl-Dieter Opp z. B. vorschlägt – deutlich macht, welche Äußerungen Sachaussagen sind und welche Wertungen enthalten (Opp, 2014).

Die Begründung dafür lautet, dass die Gefahr groß ist, dass man durch eigene Begeisterung und Nähe zum Gegenstand und durch die unsorgfältige Vermischung von Wert- und Sachaussagen Kritikwürdiges übersieht oder gar unterschlägt, oder mögliche kritische Aspekte gar nicht erst erkennt. Oder anders ausgedrückt: Auch der Gegenstand Nachhaltigkeit verdient, selbst wenn man sich politisch (in eigenen Wertaussagen) für mehr Klimaschutz und Umweltpolitik einsetzt, eine unvoreingenommene, ergebnisoffene wissenschaftliche Analyse, die unter Umständen auch zu Sachaussagen führen

² Der Spiegel 27.03.1995, <https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9176410.html>.

kann, die den Erwartungen und persönlichen politischen Überzeugungen widersprechen.

Dazu zwei Beispiele: Die Frage der E-Mobilität erhitzt die Gemüter. E-Autos versprechen eine emissionsfreie Individualmobilität, dennoch werden hier auch mögliche negative Aspekte diskutiert, u. a. die Frage nach der Notwendigkeit und den Abbaubedingungen bestimmter (fossiler) Rohstoffe für die Batterien oder Emissionen, die bei der Produktion der Autos entstehen (Luczak, 2020). Ein weiteres Beispiel ist die Diskussion um die Nutzung des Unkrautvernichters Glyphosat – zwar fordern viele Umweltverbände dessen Reduzierung und Verbot, allerdings ist wissenschaftlich alles andere als klar geklärt, wie gesundheitsgefährdend Glyphosat eigentlich ist (Forster et al., 2015). Betrachtet man Fridays for Future als neue soziale Bewegung wissenschaftlich, so kann man auf der einen Seite untersuchen, wie stark diese Bewegung den klimapolitischen Diskurs beeinflusst hat und ob es hier dadurch zu veränderten politischen Entscheidungen gekommen ist. Organisationstheoretisch kann man allerdings auch interne Prozesse untersuchen, sei es die aufgeflammete Kritik am vermeintlichen „Personenkult“ um einige wenige, stark medial präsente Protagonist*innen³, oder interne Diskussionen über den weiteren Weg und die Frage, wie transparent mit den eigenen Finanzen umgegangen wird⁴. Kurz: eine ergebnisoffene wissenschaftliche Analyse kann als Sachaussagen gleichzeitig Erkenntnisse über die politische Wirkung dieser neuen Protestorganisation erforschen und dennoch auch mögliche Entwicklungsprobleme oder potenziell kritikwürdige Aspekte in den Blick nehmen. Dies erscheint mir doch eher möglich, wenn man die eigene wissenschaftliche Rolle klar von der politischen trennt, mit der man im Privaten natürlich – im Sinne von Wertaussagen – Sympathie für E-Autos, für Fridays for Future oder ein Verbot von Glyphosat hegen darf.

Dieses an der empirisch-analytischen Wissenschaft orientierte Plädoyer für eine strikte Trennung zwischen wertenden, normativen Aussagen und auf wissenschaftlichen Ergebnissen gestützten Sachaussagen ist gerade in der Nachhaltigkeit zentral, da ihr Gegenstand normativ ist. Wissenschaftler, die sich hier normativ äußern und ihre Wert- und Sachaussagen vermischen, erwecken den Eindruck, dass auch ihre „persönlichen Stellungnahmen von den Ergebnissen der Wissenschaft gestützt werden“ (Opp, 2014, S. 244) – eine vollständige wissenschaftliche Fundierung ist bei einem Konzept wie Nachhaltigkeit aber schlicht nicht möglich, da einige ihrer zentralen Aspekte rein wertbasiert sind und diese, je nach ideologischer Grundüberzeugung eben auch unterschiedlich eingeschätzt werden können, siehe die Suffizienz- vs. Effizienzdebatte. Das Wesen der Po-

³ <https://www.tagesspiegel.de/berlin/aerger-um-personenkult-bei-fridays-for-future-knirscht-es-hinterden-kulissen/24207346.html>.

⁴ <https://www.welt.de/vermischtes/article206154061/Fridays-for-Future-Streit-wegen-intransparenter-Finanzen.html>.

litik besteht allerdings genau darin, dass man solche ideologischen Grundüberzeugungen eben nicht wissenschaftlich lösen kann – nur der demokratische Wettstreit auf der Basis unterschiedlicher Werte und Normen vermag hier zu kollektiv verbindlichen Lösungen zu führen.

Der Vorwurf an eine solch verstandene politikwissenschaftliche Analyse der Nachhaltigkeit, die Wert- und Sachaussagen voneinander trennt, lautet oft, dass man damit nur „langweilige“ Ergebnisse produziere, die den Status Quo analysieren und man gesellschaftliche Entwicklungen nicht „kritisch“ genug überprüfe. Meine Antwort darauf lautet in Anlehnung an Karl-Dieter Opp, dass man auch ohne Wert- und Sachaussagen ständig zu vermischen, Wertprobleme in der Politik analysieren kann (Opp, 2014). Die damit erzeugten wissenschaftlichen Ergebnisse können dann Basis für Politikberatung sein – jeder Wissenschaftler, jede Wissenschaftlerin, sollte aber immer strikt voneinander trennen, welche ihrer Aussagen auf der Basis wissenschaftlicher Ergebnisse getroffen wurde und welche hingegen politische Wertungen enthält (Opp, 2014). So ist die Aussage, dass der Flugverkehr pro Person und zurückgelegtem Kilometer klimaschädliche CO₂-Emissionen erzeugt, die höher sind als bei anderen Verkehrsmitteln, nicht zu beanstanden, weil sie auf wissenschaftlichen Erkenntnissen basiert und sachorientiert ist. Eine abgeleitete Aussage, dass die Bundesregierung generell oder auch die OVGU für ihre Mitarbeiter*innen nun Inlandsflüge verbieten sollte, ist hingegen nicht wissenschaftlich gestützt – hier gibt es verschiedene Konzepte, z. B. den Emissionshandel oder auch Luftverkehrssteuern, über deren Ausgestaltung und Einführung rein politisch entschieden wird – zumal fraglich ist, welchen Beitrag ein Verbot innerdeutscher Flüge auf den weltweiten Klimaschutz überhaupt leisten würde. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler tun also gut daran, deutlich zu machen, wann sie Sachaussagen und wann Wertaussagen treffen, um eben nicht den Eindruck zu erwecken, ihre Wertaussagen seien auch vollständig durch wissenschaftliche Evidenz gedeckt (Opp, 2014, S. 243).

Dieses Verständnis von Wissenschaft geht auf Max Weber zurück, ist aber nicht gleichbedeutend mit einer Vorstellung, dass Werte und Normen überhaupt keine Rolle in der Wissenschaft spielen – entscheidend ist aber die durchgehende Transparenz dahingehend, wann man Wertaussagen trifft und wann Sachaussagen, die wissenschaftlich gedeckt sind. Diese Vorstellung bedeutet auch nicht, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nicht politisch sein dürfen – sie tun jedoch gut daran, nicht den Eindruck zu erwecken, dass neben ihren wissenschaftlichen Aussagen auch ihre politischen Aussagen wissenschaftlich begründbar seien (Opp, 2014).

Ziel einer politikwissenschaftlichen Nachhaltigkeitslehre ist es also, bei Studierenden Sensibilität dafür zu wecken, dass es sinnvoll ist, zwischen Sach- und Wertaussagen zu unterscheiden, und sich darüber klar zu werden, dass wissenschaftliche Analyse von Nachhaltigkeitspolitik nicht notwendigerweise eine Vermischung von Fakten und Werten bedeutet. Um dies etwas salopper zu formulieren: Ziel meiner politikwissenschaftlichen Lehre zu Nachhaltigkeitsfragen ist zum einen, die enorme Bedeutung politischer

Prozesse für die Umsetzung von Nachhaltigkeit zu erkennen, zum anderen, dass Studierende ein analytisches Handwerkszeug erlernen, welches sie in die Lage versetzt, selbstständig das Zustandekommen politischer Entscheidungen zu erklären und schließlich, dass wissenschaftliche Beschäftigung mit Politik nicht das Gleiche wie politischer Aktivismus ist.

7.5 Beispiele aus der politikwissenschaftlichen Lehrpraxis

Im Folgenden sollen konkrete Beispiele zeigen, wie ich versuche, diese Grundvorstellung einer politikwissenschaftlichen Nachhaltigkeitslehre in die Praxis umzusetzen.

7.5.1 Vorlesung „Politik und Nachhaltigkeit – eine politikfeldanalytische Einführung“

Seit dem Wintersemester 2016/2017 biete ich die Lehrveranstaltung „Politik und Nachhaltigkeit – eine politikfeldanalytische Einführung“ auf Bachelor-Niveau an. Basierend auf einem mit einer Kollegin zunächst als Studienkurs für die FernUniversität in Hagen konzipierten Lehrbuch (Böcher & Töller, 2012, 2019) wird hier Stück für Stück anhand konkreter empirischer, sehr praxisnaher Beispiele aus der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik ein politikfeldanalytischer Analyserahmen entfaltet, der die Leistungsfähigkeit politikwissenschaftlicher Analyse zum Verständnis nachhaltigkeitspolitischer Prozesse und zum Erklären ihrer Ergebnisse demonstriert. So werden die zentralen theoretischen Faktoren Akteure, politische Instrumente, Institutionen, Problemstrukturen und situative Ereignisse plastisch und nachvollziehbar. Bei den Akteuren werden z. B. Parteien und ihre Programme untersucht, das Pariser Abkommen oder das Washingtoner Artenschutzabkommen CITES veranschaulichen die Rolle von Institutionen, Ökosteuer und Emissionshandel die möglichen politischen Instrumente. Die Rolle von Problemstrukturen zeigen Vergleiche zwischen Bodenschutz und Klimapolitik auf, während Katastrophen wie Fukushima die Bedeutung unplanbarer situativer Ereignisse verdeutlichen. Ziel ist es, dass Studierende am Ende sowohl solides Wissen über ausgewählte Aspekte nachhaltigkeitspolitischer Entscheidungen erlangen, aber auch Wissen darüber, wie die Politikwissenschaft diese erklären kann. Kontroversen über Nachhaltigkeitskonzepte und die Rolle von Wissenschaft in der Nachhaltigkeitspolitik (*remember*: das Verhältnis zwischen Wert- und Sachaussagen) runden das Vorlesungskonzept ab. Methodisch basiert die Veranstaltung auf einer klassischen Vorlesung mit Diskussionen, angereichert durch interaktive Teile, z. B. Mentimeter-Umfragen oder Filmbeiträge mit Diskussionen. Insgesamt hat sich diese Veranstaltung sehr etabliert: Auch im Wintersemester 2020/2021 haben sich wieder knapp 90 Studierende angemeldet.

7.5.2 Seminarbezogene Exkursionen zu Regionalentwicklung und Politikberatung

Um Studierenden auch Einblicke in die nachhaltigkeitspolitische Praxis zu geben, werden Seminare mit Exkursionen verbunden. So konnte das Seminar „Nachhaltige Regionalentwicklung“, in dem das politikwissenschaftlich breit diskutierte Konzept einer Regional

Governance (Böcher et al., 2008) in Hinblick auf die Verwirklichung von Nachhaltigkeitsaspekten in ländlichen Regionen diskutiert wird, durch eine Exkursion in den Naturpark (heute: Biosphärenreservat) Drömling angereichert werden. Hier standen im Naturparkinformationszentrum in Kämkerhorst einige allgemeine Informationen zur Geschichte des Naturparks auf dem Programm, bevor an weiteren Punkten in der Region Maßnahmen des Naturschutzes und geplante Regionalentwicklungsprojekte erläutert wurden. Ziel war es dabei, die Wirkungen von Politik, insbesondere der Mehrebenenpolitik zwischen EU, Bund und den Bundesländern Sachsen-Anhalt und Niedersachsen, über deren Landesgrenze hinweg sich der Drömling erstreckt, zu erfahren. Gerade in Nachhaltigkeitsfragen, die ja Umwelt und Ökologie betreffen, bietet es sich an, „vor Ort“ genauer in den Blick zu nehmen, wie sich politische Entscheidungen auf Natur und Umwelt auswirken. So konnten im Rahmen der Tour zahlreiche Weißstörche, Amphibien und die ehemaligen Moorlandschaften gesichtet werden. Bei einem gemeinsamen Picknick in der Natur wurden dann Erfahrungen ausgetauscht und das Erlebte diskutiert. Die Rückmeldung der Studierenden zu solchen Exkursionen ist sehr positiv, gerade in sozialwissenschaftlichen Studiengängen fehlt es häufig an Ausflügen in die konkrete Praxis als Manifestationsort politischer Entscheidungen.

Eine andere Form der Zusammenarbeit mit der Praxis ist eine entstandene Lehrkooperation mit dem Umweltbundesamt. Das Umweltbundesamt (UBA) ist die zentrale umweltpolitische Beratungsinstitution in Deutschland, deren Hauptsitz sich in Dessau-Roßlau in Sachsen-Anhalt befindet. Hier lag schon geographisch eine Zusammenarbeit nahe. Im Rahmen eines Seminars zur wissenschaftlichen Politikberatung konnte hier bereits zweimal eine Exkursion ins Umweltbundesamt durchgeführt werden. Ziel ist es hier, die zuvor im Seminar erarbeiteten Inhalte (Konzepte, Theorien und Akteure wissenschaftlicher Politikberatung) mit Vertreter*innen des UBA zu diskutieren und mehr über die Politikberatung dieser Einrichtung zu erfahren. Die Studierenden selbst bereiteten diese Exkursion organisatorisch und inhaltlich vor. Die Diskussion mit denjenigen, die hier in der Praxis des Amtes wirken und Umweltpolitikberatung betreiben, erwies sich für beide Seiten als sehr fruchtbar, insbesondere weil die Mitarbeiter*innen des UBA oft auch „aus dem Nähkästchen plauderten“ und zu ganz aktuellen umweltpolitischen Beratungsfragen Stellung bezogen. Im Zuge dieser Exkursionen entstand eine Kooperation mit dem UBA, innerhalb der ein Student eine Masterarbeit im Rahmen eines Praktikums beim UBA schreiben konnte; ein weiterer absolvierte dort ebenfalls ein Praktikum. Auch bei diesen Exkursionen wurde versucht, die Inhalte mit weiteren sozialen Aspekten zu verbinden: Neben einer Führung durch das UBA, die dessen eindrucksvolle ökologisch ausgerichtete Architektur vermittelte, standen ein gemeinsames Mittagessen in der UBA-Kantine sowie ein anschließender Biergartenbesuch in Magdeburg auf dem Programm.

Insgesamt dienen solche Exkursionen vor allem dazu, Wirkungen von Politik auf Natur und Umwelt sowie konkrete politische Akteure der Nachhaltigkeitspolitik greifbarer

werden zu lassen. Damit sollen das zugegeben manchmal abstrakte politikwissenschaftliche Wissen besser mit der Praxis verbunden werden und aufgezeigt werden, welche hohe Relevanz Politik und Politikwissenschaft für Nachhaltigkeit haben.

7.6 Fazit

Der Beitrag hatte das Ziel, das vom Lehrstuhl für Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Nachhaltige Entwicklung verfolgte Konzept einer an der empirisch-analytisch orientierten Politikfeldanalyse orientierten Nachhaltigkeitslehre darzustellen. Gerade die dabei in meinen eigenen Lehrveranstaltungen betonte Trennung zwischen Sach- und Wertaussagen sorgt beim Nachhaltigkeitsthema zunächst oft dafür, dass anfängliche Erwartungen Studierender (und auch der Kolleg*innen?) enttäuscht werden. Nichtsdestotrotz ermöglicht eine am politikwissenschaftlichen State of the Art orientierte universitäre Nachhaltigkeitslehre zum einen, die zentrale Bedeutung von Politik für die Erreichung von Nachhaltigkeitszielen zu erkennen. Zum anderen lassen sich auf der Basis so gewonnener Sachaussagen über Nachhaltigkeitspolitik auch eigene Wertaussagen für das eigene Engagement oder die spätere berufliche Praxis entwickeln – die stetig größer werdende Nachfrage der Studierenden nach den vom Lehrstuhl angebotenen Lehrveranstaltungen zeigt, dass dieses Konzept mittel- und langfristig trägt und die anfänglich möglicherweise enttäuschten Erwartungen sogar in ein größeres Interesse an nachhaltigkeitsbezogener Politik und Politikwissenschaft umschlagen.

Literaturverzeichnis

- Böcher, M. & Krott, M. (2016). *Science makes the world go round. Successful scientific knowledge transfer for the environment*. Springer.
- Böcher, M., Krott, M. & Tränkner, S. (Hrsg.). (2008). *Regional Governance und integrierte ländliche Entwicklung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Böcher, M. & Töller, A. E. (2012). *Umweltpolitik in Deutschland. Eine politikfeldanalytische Einführung, Reihe Grundwissen Politik 50*. Springer VS.
- Böcher, M. & Töller, A. E. (2019). *Umweltpolitik in Deutschland. Eine politikfeldanalytische Einführung* (2. komplett überarbeitete Auflage). FernUniversität Hagen.
- Böcher, M., Töller, A. E., Perbandt, D., Beer, K. & Vogelpohl, T. (2020). Research trends: Bioeconomy politics and governance. *Forest policy and economics*, 118, 102219. <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S1389934120301581?via%3Dihub>
- Forster, R., Kula, C. & Schuierer, K. (2015). Der Wirkstoff Glyphosat in der Pflanzenschutzmittel-Zulassung – aktueller Stand. *Journal für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit*, 10, 235–240.

- Jänicke, M. (2017). Ecological modernization as global industrial revolution. *Journal of Environmental Policy and Administration*, 25, 1–32.
- Lehmbruch, G. (1968). *Einführung in die Politikwissenschaft*. Kohlhammer.
- Luczak, A. (2020). Elektroautos: Heilsbringer oder Sackgasse? In *Deutschlands Energiewende – Fakten, Mythen und Irrsinn* (S. 149-203). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-30277-1_4.
- Mols, M. (2019). Politik als Wissenschaft: Zur Definition, Entwicklung und Standortbestimmung einer Disziplin. In H.-J. Lauth & C. Wagner (Hrsg.), *Politikwissenschaft: Eine Einführung* (9. Auflage) (23–61). UTB.
- Naßmacher, H. (2010). *Politikwissenschaft* (6. Auflage). Oldenbourg.
- Opp, K.-D. (2014). *Methodologie der Sozialwissenschaften. Einführung in Probleme ihrer Theorienbildung und praktischen Anwendung* (7. Auflage). Springer VS.
- Prittwitz, V. v. (1994). *Politikanalyse*. Leske und Budrich (UTB 1707).
- Pufé, I. (2012). *Nachhaltigkeit*. UTB.
- Warren, M. E. (1999). What is political? *Journal of Theoretical Politics*, 11(2), 207–231.
- Wissenschaftlicher Beirat globale Umweltveränderungen (WBGU). (2011). *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation* (Hauptgutachten). WBGU.